

■ Der Historiker und jW-Autor Dietrich Eichholtz ist tot. Er verstarb in der vergangenen Woche, am 21. Juni, nach langer schwerer Krankheit. Die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, deren Mitbegründer er war, teilte am Montag mit: »Die Welt verliert einen großen Gelehrten und wir einen einfühlsamen, warmherzigen Mitstreiter für die Sache der Berliner Gesellschaft. Wir haben einen Freund verloren. Dietrich Eichholtz war ein guter Mensch. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.«

Die Redaktion von *junge Welt* druckt an dieser Stelle (leicht gekürzt) einen Text von Eichholtz nach, der 1993 in einem Sammelband unter dem Titel »Der »Generalplan Ost« als genozidale Variante imperialistischer Ostexpansion« erschien.

(jW)

Durch die Geschichte unseres Jahrhunderts zieht sich eine Spur von Rassismus, Eroberung und Gewalt – Untaten, die trotz gewisser äußerer Ähnlichkeiten wenig mehr gemein haben mit den Verbrechen des Kapitalismus des 18. und 19. Jahrhunderts an Schwarzen, an Indern und Indianern. Vielmehr haben jene eine neue Qualität des »modernen« Imperialismus durchaus »moderner« kapitalistischer Staaten. An erster Stelle steht hier Deutschland.

Der »Generalplan Ost« (GPO) samt seinen Vordenkern, Vorstudien und Vorstadien ist, vor diesem Hintergrund gesehen, ein weites Forschungsfeld. Die eigentliche Programmatik des GPO von 1941/42 und seiner Vorstufen von 1939/40, betreffend die tschechischen und polnischen Gebiete, ist verhältnismäßig gut erforscht. Dennoch fällt es nicht schwer, eine ganze Reihe stark vernachlässigter Forschungsfelder der Thematik GPO aufzuzählen: etwa das Problem ihrer Singularität einerseits, der imperialistischen Kontinuität der in ihm gipfelnden dreieinigen Politik von Rassismus, Eroberung und Gewalt andererseits; die Widersprüche im Konzept des GPO und die Diskussionen und Auseinandersetzungen darüber zwischen seinen Urhebern und Adepten; den Zusammenhang zwischen GPO und »Neuordnung Europas« einschließlich der Problematik des »Großgermanischen Reiches«; den Zusammenhang zwischen GPO und »Endlösung der Judenfrage«, das Gesamtproblem der Opfer des GPO; Schicksal und Lage der deutschen, »Volksdeutschen« und sonstigen »germanischen« Umsiedler; den Widerstand und die innere Opposition gegen den GPO.

Die Rezeption und Verarbeitung des Themas in der Öffentlichkeit ist gleich Null. Das ist kein Wunder, wo doch maßgebliche Vertreter der etablierten Geschichtswissenschaft die Planungen als »Tagtraum« (Helmut Heiber) und »Schimäre« (Hermann Graml), als Ausfluß Hitlerscher »Monomanie« (Klaus Hildebrand) kennzeichnen und ihre praktische Bedeutung leugnen oder herunterstufen; wenn das Interesse an echter Aufarbeitung abgelenkt wird durch die Wiederbelebung der Totalitarismus-These, besonders durch die verzerrende Gleichsetzung des NS-Rassen- und Völkermords mit den stalinistischen Verbrechen; wenn schließlich vor nicht langer Zeit in einer renommierten Hamburger Wochenzeitung ein Artikel erscheinen kann, in dem der GPO in den baltischen Republiken einfach als Folge ihrer Einverleibung in die UdSSR aufgezehrt wird - ohne die Deutschen als Urheber und Täter überhaupt zu erwähnen (Esther Knorr Anders: »Hohelied der Freiheit«, in: *Die Zeit*, 2. November 1990, jW)

Rassistische Kopfgeburt

Gehen wir aus von der Definition des GPO als extrem rassistischer, genozidaler Variante der imperialistischen Ostexpansion, so wirft schon diese Bestimmung wichtige Fragen auf. Zu zwei derartigen Problemen sollen im folgenden Diskussionsvorschläge gemacht werden:

1. Welche realen imperialistischen Interessen verbargen sich hinter der rassistischen GPO-Programmatik, welche Interessen »bediente« sie? Oder, um diesen so sehr umstrittenen Zusammenhang neutraler auszudrücken: Mit welchen dieser Interessen ging sie konform, und mit welchen kollidierte sie?



Politik der »Germanisierung«: Ankniff von Deutschen im Hafen des damaligen Stettin (um 1939/40)

Genozidale Eroberung

Über den »Generalplan Ost« und die imperialistische Expansion Nazideutschlands. Von Dietrich Eichholtz

2. Worin besteht die historische Einzigartigkeit des GPO? Welche Parallellitäten und Kontinuitäten bestehen zu Rassismus, Gewalt und Vertreibung bzw. Ausgrenzung in früheren Jahrzehnten (Erster Weltkrieg) und in der Gegenwart?

Zum erstgenannten Problem: Der GPO war die Ausgeburt eines extremen Rassismus, war gewissermaßen die Kopfgeburt von Rassenideologen und Rassenkundlern, versehen mit entsprechenden irrationalen, atavistischen Zügen. Doch er war als solcher keineswegs losgelöst von den realen, handfesten Interessen des deutschen NS-Imperialismus und damit aller an der faschistischen Herrschaft beteiligten Eliten. In Arbeiten wie etwa von Aly/Heim² und Eichholtz³ wird dem komplizierten Zusammenhang zwischen solchen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen und dem rassenideologischen Überbau des GPO nachgespürt; nach heutigem Erkenntnisstand sicher in noch unbefriedigender Weise, weil wohl wichtige Einzelzusammenhänge aufgedeckt, diese aber verabsolutiert, auch ökonomistisch überinterpretiert werden. So ist zu zweifeln, ob es theoretisch und methodisch richtig ist, jene Interessen als den (rationalen) Kern dem extremen Rassismus des GPO als der (irrationalen) Hülle gegenüberzustellen und überzuordnen. Da bleiben doch das vielfältige Beziehungsgeflecht zwischen beiden und auch

die ihnen innewohnende Widersprüchlichkeit weitgehend unaufgeklärt.

Der Zusammenhang zwischen der rassenideologischen Programmatik des GPO und den erwähnten realen imperialistischen Interessen ist, soweit ich sehe, noch nicht komplex erfaßt und behandelt worden. Der GPO entsprach in verschiedenen hohem Grade unterschiedlichen Interessenlagen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, solcher Kräfte, die sich mittels maßgeblicher Vertreter artikulierten: dazu zählten Militärkreise, der Reichssicherheitshauptamts-Flügel und der dem Rasse- und Siedlungshauptamt zugehörige Flügel der SS, Landwirtschaftsminister Herbert Backe und andere Agrar- und Ernährungsplaner, Hermann Göring als Vertreter bestimmter Wirtschaftsinteressen (Haupttreuhandstelle Ost [NS-Behörde zur Erfassung, Verwaltung und Verwertung des Vermögens des polnischen Staates und seiner Bürger während der Deutschen Besetzung von 1939 bis 1945, jW]), die Reichsgruppe Industrie, die Interessengruppe um die Kontinental-Öl AG / I.G. Farben / Deutsche Bank, Wissenschaftler (Landesplanungsexperten, »Rassenkundler«) verschiedener Couleur.

Widerstreitende Interessen

Bei der Formulierung und den Anfängen der Realisierung des GPO traten seinerzeit lebhaft diskutierte Widersprüche auf. Diese Widersprüche

können uns bei genauer Analyse Aufschluss über die jeweiligen Interessenlagen und Interessendifferenzen geben. Freilich ist zu berücksichtigen, dass die Auseinandersetzungen, je länger, desto mehr, durch äußere Faktoren, in erster Linie durch Kriegslage und Kriegswende, aber auch durch ganz praktische kriegswirtschaftliche Probleme beeinflusst – mitunter aufgeheizt, meist aber abgeschwächt – wurden.

Ferner durchkreuzten in der Praxis politische Interessen und Privilegien (Vorrangigkeiten, jW) von vornherein das rassenideologische Konzept. Finnen (als »Germanen ehrenhalber«) und Japaner, Italiener, Ungarn und Rumänen waren Verbündete, was rassistische Ausgrenzung verbot. Ähnliches traf auf die arabischen Völker und teilweise auf die Turkvölker im Süden der UdSSR zu. Schließlich war der Streit um die Wlassow-Truppen (die vom ehemaligen, in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen sowjetischen Generalleutnant Andrej Andrejewitsch Wlassow aufgebaute »Russische Befreiungsarmee«, die an der Seite Nazideutschlands gegen die Sowjetunion kämpfte, jW) symptomatisch für das Dilemma der Rassenideologen in der zweiten Kriegshälfte.

Doch es gab genügend grundsätzliche Auseinandersetzungen um programmatische Thesen und Argumente. Besonders ging es den »Programmatikern« um die Frage, ob die drakonische

zu realisieren, angesichts des Widerstandes der Völker und der Unsicherheit und Geringfügigkeit der Ergebnisse weiterzuvorgeschritten sei. Ausführlich entwickelte Hitler im April 1942 gegenüber dem Reichsführer der SS, dass er »an sich kein besonderer Freund von allen Eindeutschungsversuchen« sei, wenn nicht »eine einwandfreie weltanschauliche Ausrichtung dieser (eingedeutschten, D. E.) Elemente auf das germanische Reich« gelinge. Bormann (Leiter der Parteikanzlei der NSDAP im Rang eines Reichsministers und ein wichtiger Vertrauter Hitlers, jW) interpretierte dies verschärfend: Die Hoffnungen Himmlers auf »blutmäßige Fischzüge« in den besetzten Ländern, besonders auf den Raub »gutrassiger« Kinder, seien »finstere Theorie«.

Forderungen des Kapitals

Die Reichsgruppe Industrie erklärte sich in einer Grundsatzklärung vom 26. September 1941 in deutlicher Form gegen den Primat des Rassismus, d.h. der Siedlungspolitik des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (Himmler), vor einer effektiven, d. h. von den Fachleuten des Großkapitals auf- und ausgebauten, Wirtschaft in den annektierten polnischen Gebieten: »Die wesentlichen Ziele der Besiedlung erstrecken sich ebensowohl auf die völkische Eindeutschung der eingegliederten Gebiete und die Bildung eines rassistisch einwandfreien Menschenwalles gegen den weiteren Osten wie auf die Wiedererrichtung und den Ausbau einer leistungsfähigen Wirtschaft. Ein Primat der einen vor der anderen Teilaufgabe kann nicht anerkannt werden, weil es nur stören würde. Das Gesamtziel heißt: Rassistisch gesunde Menschen auf wirtschaftlich gesunder Grundlage. [...] Gesund ist die Wirtschaft im Osten nur dann, wenn sie auf die gesamtdeutsche Wirtschaft abgestellt ist und wenn die gesamtdeutsche Wirtschaft blüht.« Das heißt, die Herren der deutschen Wirtschaft meldeten ihren Herrschaftsanspruch auch in der Wirtschaft der annektierten Ostgebiete an, die sie nicht den unsicheren bzw. dilettantischen Siedlungsexperten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) zu überlassen gedachten. Nicht etwa den Rassismus, sondern nur den Primat der Rassenpolitik griffen sie an, soweit er sie in ihrer wirtschaftlichen Expansion störte.

Nach Stalingrad verschärfte sich der Tenor der Diskussion deutlich; die Auffassungen polarisierten sich. Das war zu dieser Zeit selbstverständlich eine direkte Folge der Kriegereignisse. Trotzdem gibt es programmatische Äußerungen in neuer Tonalität, die reale politische und wirtschaftliche Interessen ausdrücken, wie irrational und rassistisch verzerrt sie auch formuliert sein mochten. So behauptete Wilhelm Tengelmann (Vorstandsvorsitz der Hibernia AG [eines Bergbauunternehmens im Ruhrgebiet, jW]), ein enger Freund Görings, im Frühjahr 1943 in einer Denkschrift zum Zwangsarbeiterersatz: »Den Polen werden wir nie für uns gewinnen, den Ukrainer brauchen wir.« Zur gleichen Zeit trat der NS-Ostexperte Theodor Oberländer in seinen bekannten »24 Thesen zur Lage« für eine vorsichtige, differenzierte Siedlungspolitik im Osten ein, nach der gleichen Formel: »Polen gegen uns, Ukrainer für uns.«

Wollen wir nun einen ersten Versuch machen, die wichtigsten Interessenstränge zu fixieren, so lassen sich im wesentlichen wohl folgende zur Diskussion stellen: – die politische und militärische »Sicherung« des Eroberten auf lange Sicht durch »Aussiedlungen« und »Germanisierung des Bodens« (besonderer Erscheinungsformen: »Wahrbauern«-Idee; Vernichtungsabsicht gegenüber den »kommunistisch versuchten« sowjetischen Groß- und Industriestädten), – das sozialimperialistische Interesse an der dauerhaften Festigung der sozialen Massenbasis des Regimes durch »Siedlung«, d. h. durch die Schaffung umfangreicher, regimeabhängiger, wirtschaftsstarker Schichten von deutschen und »volksdeutschen« Bauern und größeren Grundbesitzern sowie durch Agglomeration deutscher städtischer Mittelschichten (unter Bevorzugung von »Frontkämpfern«) – die Expansion des Großkapitals, verbunden mit ökonomischer »Modernisierung« (gerichtet vor allem auf a) industrielle und agrarische Rohstoffe [Erdöl, Mangan, Baumwolle usw.], b) un-

erschöpfliche Absatzmärkte und c) billige, aber effektive Arbeitskräfte), – das Interesse an unbegrenzten Nahrungsmittelquellen bzw. -Überschüssen (nicht nur kurzfristiges Kriegsinteresse, sondern langfristig verknüpft mit den vorgenannten Interessensträngen).

Die beim GPO dominierende rassistische Komponente der Ostexpansion konnte für alle diese Interessen integrativ wirken. Anders ausgedrückt: Diejenigen Kreise der herrschenden politischen, militärischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Eliten, die den Krieg um die Eroberung des »Ostraums« wollten und führten, integrierten die rassistische Ideologie als nützlich in ihre Politik, in die Kriegführung und in ihr Weltbild.

Das genannte integrative Moment wurde nun in der komplizierten historischen Praxis auf manche Weise relativiert. Ganz abgesehen von den äußeren, kriegsbedingten Ereignissen und vom Widerstand der Völker, die die Blühträume der GPO-Experten nicht reifen ließen, waren die genannten Interessen (...) nicht widerspruchsfrei und kompatibel. Vor allem widersprach die radikale Variante der Rassenpolitik, also die Variante der totalen Aus- und Umsiedlung, häufig unter kurzfristigen und verschiedentlich auch unter langfristigen Gesichtspunkten den angeführten Interessen. Typisch war das etwa aus der zitierten Grundsatzdenkschrift der Reichsgruppe Industrie vom September 1941 abzulesen (...). Widersprüche gab es auch zu der von Göring und Backe vertretenen Kolonialisierungskonzeption, ferner auch innerhalb dieser Konzeption bzw. zwischen deren industriell (Göring) und agrarischem (Backe) Interessenhintergrund.

Historische Einzigartigkeit

Zum Problem der Einzigartigkeit des GPO bzw. der historischen Kontinuitätslinien: Der GPO war Rassismus, imperialistische Eroberung und genozidale Gewalt. Seine Einzigartigkeit besteht – ganz ähnlich wie diejenige der »Endlösung der Judenfrage«, die ja in vielfältiger Weise mit dem GPO zusammenhängt – in dem Genozidcharakter der Planung und Praxis; darin, dass das Naziregime ganzen Völkern, vielen Millionen von Menschen das Lebensrecht absprach und den Genozid praktizierte. Der extreme, biologisch-darwinistisch definierte Rassismus, seit jeher Kern der NS-Ideologie und seit 1933 an deutschen Juden, Sinti und Roma und anderen ausgegrenzten Gruppen eingeübt, ist hierbei zweifellos der wesentliche Faktor, der die Gewalt erst bis zum Genozid weitertrieb. Immerhin, Eroberung und gewaltsame Bevölkerungsverdrängung gehören zum Charakter imperialistischer Expansion vom Beginn des Jahrhunderts bis heute. Rassismus bildet nicht selten die dritte Komponente als ideologisches Element, als Rechtfertigung und Stimulus zugleich.

Die frühesten deutschen Pläne vergleichbarer Art sind noch mehr oder weniger frei von Rassismus. Sie richteten sich gegen Frankreich. Die politische »Sicherung« des geforderten – zu annektierenden – französischen Gebietes spielte die entscheidende Rolle in jener bisher weitgehend unbekannt gebliebenen Flugschrift des Alldeutschen Verbandes vom Sommer 1911 anlässlich der Marokkokrise, deren uns interessierende Stelle im Entwurf auf Drängen des Auswärtigen Amtes »als zu weitgehend gestrichen« wurde: Werde es einen Krieg wegen des deutschen Anspruchs auf Westmarokko geben, so könne und müsse man »endgültig mit Frankreich abrechnen«. Für diesen Fall formulierten die Alldeutschen ein phantastisches Annexions- und Vertreibungsprogramm: »Es gibt nun Teile des französischen Gebietes, die wir sehr wohl gebrauchen können – deren Besitz uns mit einem Schlage vor Frankreich dauernd schützen und gleichzeitig England gegenüber eine unabhängige Stellung gewähren würde. Das Deutsche Reich müsste verlangen, dass ihm der Landstrich etwa von Nancy nordwestlich über Toul, Verdun bis an die Mündung der Somme, und von Nancy südlich über Besanjon, Grenoble bis Toulon abgetreten würde, wobei vom Rhônetal mitzunehmen wäre, was militärisch notwendig erscheint. Dann hätte uns England seiner eigenen Küste gegenüber und gleichzeitig am Mittelmeer; Savoyen und Nizza gingen an Italien zurück, wir aber müssten die abgetretenen Gebiete frei von Menschen erhalten. Die Erfahrungen, die Preußen beim

Erwerb polnischen Landes und Nordschleswigs, die das Reich mit Elsaß-Lothringen gemacht hat, verlangen, dass mit dem Grundsatze gebrochen wird, die ansässige Bevölkerung im abgetretenen Lande zu belassen; wir brauchen Land für unsere Deutschen, aber keinen Zuwachs übelwollender Fremdsprachiger (...).«

Im Vergleich hierzu nahm sich der Vorschlag Hermann Röchlings (Montanunternehmer und – in seiner Funktion als Leiter kriegswichtiger Betriebe – Wehrwirtschaftsführer, jW) unmittelbar nach Kriegsbeginn 1914 geradezu bescheiden aus: »In dem Erzgebiet (von Longwy-Briey, D. E.) wohnen heute fast nur Italiener, Elsaß-Lothringer und Polen, Leute, die durch Deutsche zu verdrängen sind (...) hierfür würde ich sein, wenn es mit Rücksicht auf sonstige, allgemeine Interessen durchzuführen ist.«

Deutliche rassistische Untertöne wiesen dagegen die seit Ende 1914 auftauchenden umfangreichen Kolonialisierungspläne für Osteuropa (Russisch-Polen, Russisch-Baltikum) auf, obwohl das Hauptargument für die Vertreibung der dortigen Bevölkerung und für »eine großangelegte deutsche ländliche Besiedlung« darin bestand, dass man den russischen Feind in Bevölkerungszahl und -wachstum aus Sicherheitsgründen weitmöglichst schwächen und »die Wehrkraft Deutschlands durch genügende Vermehrung seiner Bevölkerung Rußland gegenüber [...] stärken« müsse. Die einschlägigen Denkschriften und Eingaben des Alldeutschen Verbandes, des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, der Unternehmensverbände aus Industrie, Landwirtschaft und Mittelstand und der 1.347 Intellektuellen von 1914/15 sind bekannt. Es war gerade die vom Alldeutschen Verband unter führender Beteiligung von Großkapitalisten und Großagariern organisierte Intellektuellen- oder Professoreneingabe, in der man ungeschminkt vom »Germanentum« und von der »Barbarenflut aus dem Osten« sprach; der Abschnitt »Russland« enthielt in nuce bereits alle Argumente, die für den GPO charakteristisch waren. Wenig später entstand unter der Ägide Ludendorffs – nach dem Krieg einer der wichtigsten Mentoren Hitlers – das »Land Ober-Ost« als künftig deutsch zu besiedelndes Gebiet.

Die Transformation derartigen Eroberungspläne und -praktiken in die extrem rassistische Genozidvariante der deutschen Faschisten war ein vielgestaltiger ideologiegeschichtlicher Prozess, der im einzelnen noch aufzuklären ist. Faktoren, die auf diesen Prozess bestimmend einwirkten, waren mit Sicherheit die revolutionären Ereignisse in Russland (dort statt für die künftigen Eroberer von nun an nicht mehr nur die Zurückdrängung der russischen Herrschaft, sondern vor allem die Vernichtung des Bolschewismus/Sozialismus auf dem Programm), die Niederlage im Krieg, das Auseinanderbrechen des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates und die traumatischen Erfahrungen der Freikorpskämpfe im Baltikum und in Oberschlesien; ferner das Aufkommen der Theorie neu dimensionierter »Großräume«, speziell eines »Großgermanischen Reiches«.

An dieser Transformationsarbeit waren in erster Linie die Nazigrößen, voran Hitler, Himmler und Heydrich (Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamts, stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren sowie einer der maßgeblichen Organisatoren des Holocaust, jW), mehr im Hintergrund auch ihre Mentoren – die Alldeutschen, Dietrich Eckart, Alfred Rosenberg, Karl Haushofer und andere – beteiligt. Ohne diese Rassenkundler, Eugeniker, Landesplaner ist die GPO-Programmatik und -Praxis nicht zu denken.

■ Nachdruck aus: Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungen und Vernichtungspolitik. Herausgegeben von Mechtild Rössler und Sabine Schliepner unter Mitarbeit von Cordula Tollmien, Akademie Verlag, Berlin 1993, S. 118–124

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten: **Aufklärer und Universalgenie: Vor 370 Jahren wurde Gottfried Wilhelm Leibniz geboren** Von Hannes A. Fellner